

Pressemitteilung

Reform der Notfallversorgung: Sachsen-Anhalter offen für standardisierte Ersteinschätzung

Magdeburg, 7. November 2025

Um Notaufnahmen von unnötigen Besuchen zu entlasten, könnte ein standardisiertes Ersteinschätzungsverfahren helfen, Patientinnen und Patienten nach Dringlichkeit einzuteilen und in die richtige Versorgungsebene zu lotsen. So könnten auch die Abläufe in der Notfallversorgung effizienter gestaltet werden. Laut einer aktuellen forsa-Umfrage im Auftrag der AOK Sachsen-Anhalt stößt dieses Konzept auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Gesundheitsministerin Nina Warken hatte jüngst angekündigt, noch Anfang November die geplante Notfallreform vorlegen zu wollen.

Laut der Befragung befürworteten 74 Prozent der befragten Sachsen-Anhalter den Einsatz eines standardisierten Ersteinschätzungsverfahrens und eine Einteilung in Dringlichkeitsstufen bei Patientinnen und Patienten, die eine Notaufnahme aufsuchen. In der Folge würden die Betroffenen in die richtige Versorgungsebene gelotet werden und nur Fälle, bei denen ein sofortiger Behandlungsbedarf festgestellt wird, direkt im Krankenhaus versorgt. Fälle ohne Dringlichkeit würden an eine niedergelassene Arztpraxis vermittelt werden. Nur 16 Prozent der Befragten lehnen ein solches standardisiertes Ersteinschätzungsverfahren ab.

Weniger dringende Fälle in die vertragsärztliche Versorgung steuern

„Es gibt in der Bevölkerung eine große Offenheit für eine bessere Steuerung von Akut- und Notfällen nach Dringlichkeit durch den Einsatz von strukturierten Verfahren zur Ersteinschätzung. Das ist ein gutes Vorzeichen für die angekündigte Notfallreform“, kommentiert Kay Nitschke, Leiter des Geschäftsbereichs ambulante und stationäre Versorgung bei der AOK Sachsen-Anhalt, das zentrale Ergebnis der Befragung. „Nachdem die Reform in der letzten Legislatur liegen geblieben ist, wird es nun höchste Zeit, dass die schwarz-rote Koalition den Worten Taten folgen lässt und das Problem der

überlasteten Akut- und Notfallversorgung in Deutschland zeitnah angeht.“ Wichtig sei, dass mit der Reform tatsächlich eine bessere Steuerung von weniger dringenden Fällen in die vertragsärztliche Versorgung erfolge. Dabei müsse auch der Rettungsdienst mit betrachtet werden.

Laut der Befragung haben 36 Prozent der Befragten in den letzten fünf Jahren wegen eines gesundheitlichen Problems eine Notaufnahme aufgesucht. In fast zwei Drittel der Fälle (61 Prozent) erfolgte der Besuch der Notaufnahme aus eigener Entscheidung und Initiative, weitere 23 Prozent gingen auf Veranlassung von Familie, Freunden oder Bekannten in die Notaufnahme. Nur in rund einem Fünftel der Fälle wurden die Befragten durch ihren Hausarzt bzw. ihre Hausärztin oder einen anderen niedergelassenen Arzt in die Notaufnahme geschickt.

Mehrheit von 58 Prozent nach Besuch der Notfallaufnahme nur ambulant behandelt

Von den Menschen, die in den letzten fünf Jahren in einer Notaufnahme waren, wurden 28 Prozent in der Folge stationär aufgenommen und im Krankenhaus behandelt. Die große Mehrheit von knapp 58 Prozent wurde in der Notaufnahme lediglich ambulant behandelt. 6 Prozent wurden nach kurzer Abklärung an Haus- oder Fachärzte verwiesen, 4 Prozent nach einer Ersteinschätzung ohne weitere Behandlung wieder nach Hause geschickt.

„Das zeigt, dass wir mit einem strukturierten Verfahren zur Ersteinschätzung und einer besseren Steuerung von Akut- und Notfällen an die richtige Stelle die vorhandenen Ressourcen in der Notfallversorgung sehr viel effektiver einsetzen könnten“, so Nitschke.

Befragung zeigt Potenzial für mehr ambulante Behandlungen zur Notfallversorgung

Auf das Potenzial für mehr ambulante Behandlungen der Notfallversorgung verweisen auch die Ergebnisse einer Zusatzfrage an die Teilnehmenden, die in den letzten fünf Jahren in einer Notaufnahme waren: Wenn sie bei ihrem Besuch der Notaufnahme die Möglichkeit gehabt hätten, wegen ihrer Beschwerden innerhalb von zwei Tagen einen Facharzttermin zu bekommen, hätten immerhin 15 Prozent diesen Facharzttermin abgewartet.

„Dieses Ambulantisierungs-Potenzial sollten wir nutzen, um die Notaufnahmen zu entlasten. Das kann nur gelingen, wenn die Patientinnen und Patienten zukünftig besser gesteuert werden – zum Einen durch die Einrichtung von

Integrierten Notfallzentren. Diese Zentren sollten von Krankenhausträgern und Kassenärztlichen Vereinigungen gemeinsam betrieben werden, um die sektorale Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung im Akut- und Notfall-Bereich zu überwinden“, fordert Nitschke.

Ergänzend zu den Integrierten Notfallzentren (INZ) schlägt die AOK in ihren Eckpunkten zur Primärversorgung die Etablierung von Akutleitstellen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen vor, die als Zugangsweg in das Gesundheitssystem fungieren. Diese sollten unter der Nummer 116 117 oder digital 24 Stunden am Tag erreichbar sein und – ebenso wie die geplanten Primärversorgungs-Praxen – die Dringlichkeit der Behandlung anhand eines standardisierten Ersteinschätzungsverfahrens beurteilen. Zudem sollten sie technisch mit den Rettungsleitstellen (112) verknüpft werden. „Auf dieser Basis können die hilfeschuchenden Patientinnen und Patienten dann an die richtige Stelle geleitet werden, wo sie optimal behandelt werden“, so Nitschke.

Eine erst kürzlich veröffentlichte forsa-Umfrage der AOK zur Primärversorgung hatte gezeigt, dass sich Orientierungslosigkeit und fehlende Steuerung vor allem an den Wochenenden und außerhalb der Praxis-Sprechzeiten negativ auswirken: So gaben 37 Prozent der Befragten an, dass sie auch bei medizinischen Problemen, die keine lebensbedrohlichen Notfälle darstellen – z. B. bei einem akuten Harnwegsinfekt oder Fieber über 39 Grad – am Wochenende als erste Anlaufstelle die Notaufnahme aufsuchen würden. 5 Prozent gaben sogar an, dass sie in solchen Fällen die Notrufnummer 112 wählen würden.

Hinweise für die Redaktionen:

Die Umfrage wurde von forsa in Kombination aus telefonischer Befragung und Online-Erhebung unter 500 Befragten in der Bevölkerung ab 18 Jahren in Sachsen-Anhalt vom 1. bis zum 13. September 2025 durchgeführt.

AOK Sachsen-Anhalt:

Die AOK Sachsen-Anhalt betreut mehr als 850.000 Versicherte und 57.000 Arbeitgeber online und vor Ort im ganzen Land. Mit einem Marktanteil über 42 Prozent ist sie die größte regionale Krankenkasse in Sachsen-Anhalt.

Bilderservice:

Für Ihre Berichterstattung in Verbindung mit dieser Pressemitteilung können Sie die beigefügten Fotos bei Angabe des Bildnachweises kostenfrei verwenden.



Kay Nitschke, Leiter des Geschäftsbereichs ambulante und stationäre Versorgung bei der AOK Sachsen-Anhalt. Foto: Mahler / AOK Sachsen-Anhalt



In die Notaufnahme oder nicht? Die AOK schlägt unter anderem die Etablierung von Akutleitstellen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen vor, die unter der Nummer 116 117 oder digital erreichbar sind und die Dringlichkeit der Behandlung anhand eines standardisierten Ersteinschätzungsverfahrens beurteilen. Foto: AOK